

Bezugpreis:

Für den Monat November 400.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Kiewgebiet sowie Österreich und Ungarn 450.— M., für das übrige Ausland 600.— M. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Doppelseite kostet 60.— M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 66, Lindenstraße 8, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 2. November 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Polizeikonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diakoniewerkschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Wirth über die Währungskrise.

Rede des Reichskanzlers in der Sachverständigenkonferenz.

WTB. meldet:

Der Reichskanzler empfing heute vormittag die internationalen Sachverständigen, die inzwischen vollständig in Berlin eingetroffen sind. Es waren erschienen die Herren Bissinger, Cassel, Brand, Keynes, Dubois und Jents.

Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugestimmt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, befähigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Marktstabilisierung dem Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war, und wir sehen darin zugleich einen Beweis dafür, wie groß das Interesse an dieser Frage auch im Ausland ist, und daß die Frage der Stabilisierung der Währungen nicht nur eine spezifische Angelegenheit der von dem Währungsverfall betroffenen Länder, sondern eine gesamt-europäische Angelegenheit.

Es lagert eine Angelegenheit der ganzen Weltwirtschaft vor. Die Möglichkeit, die Welt zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns hier in Deutschland von den dazu berufenen Persönlichkeiten und Ministerien seit langem auf das eingehendste geprüft worden und um so intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortgeschritten ist und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft, aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß.

Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch einer Stabilisierung der Mark verfehlt ist und keinen dauernden Erfolg gewährleisten wird, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich die Balancierung des Budgets und die Balancierung der Zahlungsbilanz, solange die Wareneinfuhr die Wareneinfuhr so stark übersteigt, wie in der letzten Zeit — das Defizit der Ausfuhr muß selber noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen — solange zu dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen noch weitere positive Faktoren dazu kommen, die das Defizit in unserer Zahlungsbilanz noch vergrößern. Unglücklicherweise hängt aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen selbst zu einem sehr großen Teil von der

Stabilisierung der Mark

Stabilisierung der Mark selbst ab. Es gehen Urfragen und Folgeerscheinungen ineinander über, und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen und die Mark zunächst einmal auf irgendeine Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern. Und dies

schnell und mit Entschlossenheit,

denn lange kann bei dem jetzigen Rückgang der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zusammenbrechen soll.

In dieser ungelärten Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladung an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genua und insbesondere das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutsames Gutachten darüber erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt:

„Wenn die äußere Schuldlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Märkte in anderen Ländern gestört werden, und daß weiter eine fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgendeinen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen.“

Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

- 1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich? 2. Wenn nein: welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen? 3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei vollständig unter sich bleiben, sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und andere besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige der Wissenschaft und der Praxis richten.

Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen wird sicher im Innern und Auslande mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden.

Der Kurs Mussolini.

Paris, 2. November. (E.) Gestern legte Mussolini in großen Umfassen die Rede dar, die er bei der Eröffnung des Parlaments gehalten wird. In der Eröffnungsrede soll auch sofort ein Gesetzesentwurf auf Abänderung des Wahlgesetzes vorgelegt werden. Sobald dieses neue Wahlgesetz angenommen sein wird, soll die Kammer aufgelöst werden. Die Wahlmänner werden im März 1923 stattfinden. Wenden empfing Mussolini Vertreter der auswärtigen Presse. Er versicherte ihnen, die italienische Lage werde in einigen Wochen die Hälfte ihres Vorkriegswortes wieder erreicht haben. (1)

Einem Vertreter der „Stampa“ hat der neue Ministerpräsident, wie man erzählt, die Erklärung abgegeben, es sei für ihn ohne Bedeutung, ob er Ministerpräsident einer Mehrheit, oder einer Minderheitsregierung sei. Die Hauptfrage sei, daß er sich auf 300 000 organisierter Männer stützen könne, die seinen Befehlen gehorchen. Wenn die anderen Parteien, erklärte Mussolini, nicht mit uns zusammenarbeiten, so werden wir ein rein fascistisches Kabinett bilden.

Rom, 2. November. (E.) Die italienische Presse hat Mussolini um die Erhebung der Pressezensur ersucht. Mussolini hat darauf erklärt, er werde die Freiheit der Presse wieder herstellen, wenn die politische Krise endgültig überwunden sei. Er hoffe, daß die Journalführer sich dieser Freiheit würdig zeigen werden.

Industrie-Kapital und Faschismus.

Rom, 2. November. (U.) Wie die Agentur Volks meldet, ist es der italienische Industrieverband gewesen, der bereits seit langem ein fascistisches Kabinett unterstützt hat. Er war es auch, der dem König die Zustimmung der Industriewelt zu einem Kabinett Mussolini mitteilte, als der König mit Salandra verhandelte.

Die Flucht der Botschafter.

Paris, 2. November. (WTB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat auch der italienische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Roland Ricci, seine Demission eingereicht, um Mussolini die Möglichkeit zu geben, diesen Posten durch einen Mann seines persönlichen Vertrauens zu besetzen.

Paris, 2. November. (WTB.) Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Rom erklärt man in politischen Kreisen, Mussolini

werde die Angelegenheit des italienischen Botschafters in Paris vor den Ministerrat bringen und die Absetzung des Grafen Sforza verlangen, weil dieser die Depeschen, durch die er um seine Demission ersucht habe und die streng privat und diskret gehalten seien, den französischen Zeitungen mitgeteilt habe. Ein nationalitalienischer Delegierter habe bereits in der Kammer hierüber eine Interpellation eingebracht.

Gratias Nachfolger.

Rom, 2. November. (WTB.) Wie die „Agenzia Stefani“ von zuverlässiger Seite erzählt, ist der frühere Botschafter Baron Romano d'Arzignano zum Nachfolger des zurückgetretenen Botschafters in Berlin Gratias ernannt worden. (Arzignano war Generalsekretär der Konferenz von Genua. Red. d. „Vorw.“)

Absetzung des Sultans?

Paris, 2. November. (WTB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel hat auf Vorschlag Alla Nurs Beyrs die Große Nationalversammlung am Sonnabend nach einer bis Mitternacht währenden Debatte die Absetzung des Sultans proklamiert. Kasim Karabekir Pascha sei zum Generalgouverneur von Konstantinopel ernannt und aufgefördert worden, sich sofort dorthin zu begeben, um sein Amt zu übernehmen. Die Nationalversammlung habe für den Sultan keinen Nachfolger bestimmt, sich aber vorbehalten, einen Staatsoberhaupt ohne dynastische Rechte zu wählen. Sie habe schließlich das Volk für souverän erklärt und beschlossen, die Verleumdung Osmanisches Reich durch Fälschlichen Staat zu erlösen, was der Proklamation einer Republik gleichkomme.

Dollar 4800.

In den Berliner Banken herrscht heute trotz des Börsenrubeltages Hochbetrieb. Die gestrige explosionsartige Haufe am Effektenmarkt hat den Wärrern wie den Banken eine Unmenge Arbeit beschert. Die Börse war heute nur für den Devisenhandel geöffnet. Es zeigt sich eine ziemlich pessimistische Stimmung für den Markt. Heute wurde gegen mittag der Dollar wieder mit 4800 gehandelt. Im großen und ganzen ist die Bewegung nichts weiter als ein Symptom der allgemeinen Flucht vor der Mark.

Die italienischen Kappisten.

Der Staatsstreich der Faschisten in Italien hatte vorübergehend die Verbindung mit dem Ausland unterbrochen. Wohl infolge dieser Isolation ging uns der nachstehende Aufsatz unseres italienischen Mitarbeiters erst jetzt zu. Er verliert aber durch die Verzögerung nichts an seiner Aktualität.

O. L. Rom, 27. Oktober.

Es gibt Irrtümer in der Politik, die durch noch größere Irrtümer der Gegner in einen Erfolg verwandelt werden können. Das gilt diesmal von dem Schachzug der Faschisten, den die panische Angst der Regierung Facta und ihre Flucht beinahe zu einer genialen strategischen Wendung gemacht hat.

Seit Monaten haben die Faschisten die Alternative gestellt: entweder Legalität oder bewaffneter Aufstand, wobei sie unter Legalität den bisherigen Zustand verstanden, bei dem sie die Waffen haben, die Arbeiter den Schaden und die Polizei das Joch. Der bewaffnete Aufstand war dagegen als „Zug auf Rom“ gedacht, Befehlung der Ministerien, Proklamation der faschistischen Diktatur unter Beibehaltung der Monarchie. Vor wenigen Monaten war dieselbe Diktatur noch republikanisch geplant, aber dann stellte sich heraus, daß das den Zuzug aus dem Heere und besonders aus den Offizieren stark schwächen würde, und so wurde der Faschismus schnell monarchisch.

Der Preis, um den die Faschisten bereit waren, dem Lande die Legalität zu erhalten, war zunächst der der Auflösung der Kammer; aber die sollte sofort erfolgen, ohne Zögern; die Faschisten wollten nicht warten, nicht einmal bis zur Reform des Wahlrechts. Diese Forderung war sogar materiellen Faschistenblättern zu finden.

Am 24. Oktober hat nun in Neapel die Faschistenversammlung stattgefunden, bei der 50 000 Faschisten in der großen Hafenstadt zusammengezogen waren, die dem Giornale d'Italia zufolge die Reinigkeit von 11 000 (!) Fahnen bei sich geführt hätten. Diese fahnenreiche Schar, der zu Ehren die Regierung 30 000 Mann Polizei und Militär nach Neapel geschickt hatte, hat nicht viel Schaden angerichtet. Nur die Redaktionsräume der Mittigen Tageszeitung „Il Mondo“ sind verbrannt worden, aber im ganzen nach dem Verhalten der jungen Leute vorteilhaft von dem ab, was man auf Grund der bisherigen Geschichte des Faschismus erwarten durfte.

In Neapel hat dann Mussolini noch einmal den Preis festgelegt, unter dem seine Legionäre von dem Marsch auf Rom hätten absehen können. Die Faschisten, die nicht einmal 20 Abgeordnete in der Kammer zählen, fordern das Ministerium des Auswärtigen, das des Krieges, der Marine, der Arbeit, der öffentlichen Arbeiten und das Kommissariat für Luftschiffahrt.

In der auswärtigen Politik würde das zunächst den Krieg mit Jugoslawien bedeuten, da die Faschisten die Erfüllung des Vertrages von Rapallo verweigern wollen; ferner eine ausgesprochen englandfeindliche Politik, unter dem Motto: „Das Mittelmeer den Mittelmeerländern“. Bei einer auf neue Kriegsabenteuer gerichteten auswärtigen Politik sind die drei kriegerischen Ministerien von selbst in ihr Recht eingeleitet. Wie sich eine ostentativ antidemokratische, von tiefer Massenverachtung durchdränkte Partei, die bisher einzigen Gruppen des Großkapitals Südnerdienste geleistet hat, die Funktion des Arbeitsministeriums denkt, darüber dürfte niemand mehr im Unklaren sein, als gerade die Faschisten selbst. Wesentlich klarere Vorstellungen werden sie wahrscheinlich über das Ministerium der öffentlichen Arbeiten haben, das in Italien immer ein Werkzeug der Parteipolitik war, indem jede Partei den Arbeitsgenossenschaften und den Aktiengesellschaften ihrer Färbung die meisten Kontrakte bei der Vergabe der öffentlichen Arbeiten zuschanzte. Die öffentlichen Arbeiten sollen zur Milderung der Arbeitslosigkeit dienen. Kann eine Partei sie für ihre Leute monopolisieren, wie das jetzt die Alrikaten vorzüglich verstanden haben, so bedeutet das natürlich eine große Festigung ihrer Organisationen, und einer solchen Festigung bedürfen die Faschisten um so mehr, als sie den massenhaft zusammengerafften Arbeitern absolut nichts zu bieten haben, wenn sie nicht gegen das Kapital Stellung nehmen, als dessen Prätorianer sie ihre politische Laufbahn begonnen haben.

Die dringendste Frage war aber gar nicht, was die Faschisten mit den fünf Ministerien anfangen würden, sondern vielmehr, welche Persönlichkeit sich bereithalten würde, mit fünf Faschisten gemeinsam zu regieren. Mussolini selbst hatte erklärt, er könne nicht das Ministerium bilden, da er „den Faschismus weiter in seiner Faust halten“ müsse.

So war der erste Erfolg der Forderung sehr unerwartet: man lächelte über sie, man nahm sie nicht ernst. Und wenn die Regierung nicht ganz unvermutet den Kopf verloren und die Fäuste ins Korn geworfen hätte, so wäre dem übermäßigen Aufblähen des Faschismus eine heilsame Abschwellung gefolgt. Denn von dem: „Entweder-Oder“ der Faschisten wäre nur mehr das „Oder“ übrig geblieben, nämlich der „Marsch auf Rom“.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Faschisten, unter der Führung der Offiziere befinden, die den Krieg mitgemacht haben und also etwas von Strategie und Taktik verstehen, nicht über die Drohung hinausgegangen wären. Sie wissen sehr gut, daß es etwas anderes ist, unter dem Schutz oder doch bei neutraler Haltung der Behörden einzelne Arbeiter totzuschlagen, Arbeiterkammern anzünden und Konsumvereine plündern, als es mit einer bewaffneten militärischen Macht anzunehmen. Das erste verstehen sie meisterhaft und betätigen es seit Monaten; von dem andern haben sie bisher die Hände davongelassen und hätten es sicher weiter getan.

Wie konnte es geschehen, daß die Regierung vor der faschistischen Ausmäschung des Fasenpanier ergriff? Die Zusammenkunft von Neapel wurde ganz plötzlich aufgelöst. Mussolini reiste ab, andere hohe Würdenträger des Faschismus ebenso; der Presse wurden „von gut unterrichteter Seite“ die Gerüchte einer allgemeinen faschistischen Mobilisierung dezentriert, die „Legionäre“ selbst münkelten, sie hätten die Mobilisierungsbefehle in der Tasche. Und auf diesen Rummel fällt die Regierung rein und die drei Minister, die Mussolini in Neapel abfällig als Faschistenfeinde bezeichnet hatte: Tabbai (Minister des Innern), Amendola (Kolonien) und Alessi (Justiz), treten zurück, nachdem vorher Riccio seinen Rücktritt damit motiviert hatte, er könne die Verantwortung für eine faschistenfeindliche Politik nicht teilen.

Diese plötzliche Ministerkrise, die durchaus im Zeichen der Panik steht, kann nur unter einer einzigen Voraussetzung als berechtigt angesehen werden: wenn nämlich Facta erste Anhaltspunkte dafür hatte, daß im Falle des blutigen Zusammenstoßes das Heer und die Polizei versagen würden. In diesem Falle wäre alles von vornherein verloren gewesen. Eine Regierung, die nicht mehr über Heer und Polizei verfügt, kann natürlich einem bewaffneten Anschlag nicht standhalten, und man darf es ihr nicht übelnehmen, wenn sie vor der klaren Drohung ausreißt.

Wir glauben nicht, daß die Regierung Grund hatte, an der Zuverlässigkeit der Truppen zu zweifeln, obwohl die Tatsache, daß Kommandanten von Armeekorps des italienischen Heeres gleichzeitig führende Stellungen in der „faschistischen Miliz“ einnehmen, kein Element der Regierungstreue der Truppen sein dürfte. Es bleibt die Tatsache, daß im entscheidenden Moment die Regierung Facta so gehandelt hat, als ob sie sich auf das Heer nicht verlassen könnte.

Und die Rückschlüsse dieser Tatsache lassen nicht auf sich warten. Bei den Faschisten nimmt der Größenwahn immer akutere Formen an. Der Generalsekretär Michelino Bianchi hat schon verkündet, jetzt hätte ganz Italien Mussolini als Ministerpräsidenten designiert, jetzt wäre es mit den fünf Ministerien nicht mehr genug, jetzt wollten die Faschisten das ganze Kabinett mit den Ihren besetzen! Weiter will das Herrschen — das wir von einer auf der äußersten Linken unserer Partei gegebenen Gastrolle sehr gut kennen — die Gewißheit haben, daß einer faschistischen Regierung das Vertrauen des Auslandes zufließen werde.

Einstweilen ist durch die bloße Hoffnung einer solchen Regierung das englische Pfund an einem Tage von 108 auf 116 Lire aufgeschwollen und hüpfet vertrauensvoll höher hinauf, während sich das Vertrauen der goldbesitzenden Kreise des Inlandes in einer panischen Nachfrage nach auswärtiger Valuta kundgibt, so daß die Presse das Verbot des Verkaufs an Private fordert. Noch nie, nicht in den schwersten Stunden der Nachkriegszeit, nicht unter dem Damoklesschwert des Bolschewismus, war die italienische Valuta so tief wie heute, wo die Hoffnungen der faschistischen Morgenröte das Ausland ermuntern, möglichst schnell und möglichst viel italienische Lire gegen die Valuta von Ländern mit geringerer Morgenröte zu vertauschen.

Gewiß ist die Lage der italienischen Finanz und mehr noch der Wirtschaft sehr ernst, namentlich als Rückschlag auf die mitteleuropäische Valutakrise, die Italien wichtige Absatzmärkte genommen und seinen inneren Markt mit Industrieerzeugnissen überschwemmt hat, mit deren Preisen die ein-

heimische Industrie nicht konkurrieren kann. Aber zu dem heutigen Kurssturz liegt kein wirtschaftlicher Grund vor. Er ist rein politisch, ist ein Ausdruck dessen, was die Faschisten das „Vertrauen des Auslandes“ nennen. Man weiß aber leider, wie unheilvoll solche jähen Abflüsse die Valuta eines Landes beeinflussen.

Englische Gemeinderatswahlen.

Schwere Verluste der Arbeiterpartei.

London, 2. November. (W.B.) Gestern fanden in ganz England und Wales die Gemeinderatswahlen statt, deren Ergebnis, wie die Blätter hervorheben, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament von besonderem Interesse ist. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigen eine sehr schwere Niederlage der Arbeiterkandidaten und einen Erfolg der Konservativen. Es wird besonders betont, daß die Industriestädte im Norden fast gegen die Arbeiterkandidaten gestimmt haben. „Times“ zufolge haben nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Wahlen in der Provinz die Konservativen 101 Sitze gewonnen und 12 verloren, die Liberalen 33 Sitze gewonnen und 11 verloren, die Unabhängigen 37 Sitze gewonnen und 19 verloren. Die Ergebnisse der Londoner Wahlen bis 12 Uhr morgens zeigen, daß die Arbeiter in verschiedenen Wahlbezirken, wo sie früher die Mehrheit hatten, schwere Verluste erlitten. In Southwark (Südlondon) verloren sie alle 30 Sitze, ferner 13 Sitze in Greenwich, 22 in Shorehith und 23 in Camberwell. In Fulham (Westlondon) verloren die Arbeiter alle 24 Sitze; in Plymouth verloren die Arbeiter 7 und in Liverpool 9 Sitze.

London, 2. November. (Eca.) Gestern Abend haben in London die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Konservativ und Fortschrittler gingen in den meisten Stadien zusammen, um den Sozialisten entgegenzutreten, deren Programm die Kommunalisierung der Transportmittel und öffentlichen Unternehmungen sowie des Milch-, Brot-, Wein- und Kartoffelhandels verlangt.

Wenn es auch wichtig ist, daß die Wahlen angesichts der bevorstehenden großen Entscheidungsschlacht für das Unterhaus von besonderem Interesse sind, so darf man die Bedeutung ihrer Ergebnisse nicht übertrieben. Gemeinderatswahlen pflegen in allen Ländern und vor allem in England unter ganz anderen Gesichtspunkten vorgenommen zu werden als politische Wahlen. Bisher vor zwei Jahren erlitt die Arbeiterpartei bei solchen Gemeinderatswahlen schwere Verluste gerade in einer Zeit, in der sie im ganzen Lande im schönsten Aufschwung begriffen war und einen Parlamentsstich nach dem anderen neu eroberte. Es ist zwar keineswegs unmöglich, daß die Labour Party am 15. November eine schwere Enttäuschung erlebt und die englische bürgerliche Presse weiß von einem starken Nachlassen ihrer Werbekraft in letzter Zeit zu berichten, aber es wäre verfehlt, aus den gestrigen Ergebnissen schon weitgehende Schlüsse zu ziehen, zumal sich da eine bürgerliche Einheitsfront gebildet hatte, die am 15. November nicht vorhanden sein wird.

Annäherung Polens an Deutschland.

Warschau, 2. November. (D.A.) Der hiesige offizielle „Kurjer“ schreibt über die Wirkung, welche die russisch-französische Annäherung für Polen haben könnte: Polen befindet sich durch die russisch-französische Annäherung in der dringenden Gefahr einer politischen Isolierung. Der einzige verständige Ausweg ist die schnelle und gerechte Lösung der polnischen Minderheitenfrage und danach der Versuch einer direkten Verständigung mit Deutschland.

Die sozialistische Opposition in Oesterreich.

Wien, 2. November. (T.U.) Eine gestern abgehaltene Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem sozialdemokratischen Parteivorstande über die Haltung des Klubs zum Sanierungsprogramm verlief ergebnislos. Die Gegenstände wurden durch die Erklärung der Sozialdemokraten, daß sie in den beabsichtigten Änderungen des Sanierungsprogramms eine übermäßige Begünstigung der Agrarier und damit eine weitere Verheerung des städtischen Proletariats erblickten, noch verschärft.

Liebe glauben kann. Jedermann im Parkett glaubt an Nataljas Liebe, nur der Ingenieur nicht. Wo ist er ein Narr, kaum zurechnungsfähig, ohne Kraft des Geistes und des Willens, und ein Automaten, der das Unglück bringt. Auf der tragischen Bühne darf aber nur der denkende und wollende Mensch das Unglück bringen. Sonst glaubt sich das Parkett in der Schreckenskammer des Panoptikums, während es für das tragische Theater bezahlt hat.

Mit einem starken Talent zum Verschleiern der künstlerischen und seelischen Tatsachen täuscht der Ukrainer über diesen Tatbestand. Die Enttarnung war darum nötig. Notwendig ist aber auch jedes Lob für Helene Fehdmer. Welche Kunst, die Höhen und Abgründe der verzweifeltsten Frau zu schildern! Gesundheit, Innerlichkeit, Sammlung, das waren die Tugenden dieser von einem musenlosen Spektakel aufgetasteten „Hedda Gabler“. Friß Alberti vorzüglich als verlockender Gatte. Der Kraftmensch Friedrich Kaphler, der Dichter Ferdinand Steinhofer, der alte, verehrungswürdige Bauer Guioda Herzfeld, und allen gebot die schauspielerische Intelligenz, der Regisseur Friedrich Kaphler.

Mag. Hochdorf.

Lustspielhaus: „Die Restknüpferei“ von Angelo Coma. Spanien, an das man bei dem schwungvollen, auf dem Theaterzettel prangenden Autorentenamen zunächst denkt, trägt keine Schuld an dieser Fehlgeburt. Es ist kein Geheimnis, daß hinter dem Pseudonym (denselben, unter dem neulich der „Berliner“ (siehe) der aus der Gesellschaft der Berliner Theaterbühnen bekannte Herr Rudolf Voßler steht. Er spezialisiert hier in einer logar unter den heutigen Nachkriegsverhältnissen ungewöhnlichen Manier auf den Ungeheuer des Sublimen, das sich tatsächlich (hoffentlich nur aus Apathie) den unvermeidlichen Koplans am Schluß ohne Gegenwehr demonstrieren gefallen ließ. Als Ruß figuriert der selbige Witsch. Was schon als Bierischankelbode in vorgedrückter Stunde schwer erträglich war, wird hier zur Langeweile dreier wohlgeachteter Akte ausgesprochen. Ein deutscher Gelehrter hat sich eifervoll in das Thema der „Restknüpferei“ verlesen. Nach der Ueberlieferung soll zu mittelalterlichen Zeiten die Kraft von Ehemännern durch zauberkräftige, hinterlistig angebrachte Verknüpfungen der Kleider des öfteren behindert worden sein. Die allzu lebhafteste Erinnerung daran wird dem nervösen Herrn in seiner Hochzeitsnacht zum persönlichen Verhängnis. Der von dem Dienstmädchen verkehrtlich in seinem eleganten Schlafanzug geschlungene Knoten bringt ihn aus dem Konzept. Was dann zur Folge hat, daß er am nächsten Tage wie lernt in ein Hotel herumläuft und jedermann, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, mit seinem Unglücke behelligt, bis durch nachträgliche Erklärung und ebensolchen Damenaustritt sein Selbstvertrauen wiederkehrt. Breit humorloses Behagen (soweit in der Ausmalung der Unappetitlichkeiten. Auch Max Adalbert, der ausgezeichnete Komiker, auf welchen bei Abfassung der Rolle wohl von vornherein gerechnet war, stand diesem Deszist nachlässig gegenüber. Nach den ersten Szenen, in denen er das aufgeregt nervöse Schwandronieren des gelehrteten Helben drösig fortsetzte, gab es kaum irgendwelche Gelegenheiten, bei denen sich sein Talent entfalten konnte. Um ihn und um die farbige, lächerliche Ausstattung war es schade.

Der Fluch der Halbheit.

Die „Rote Fahne“ hatte vor einigen Tagen die Mitteilung gebracht, daß die Labour-Gruppe ihren Anhängern in Sachsen unbedingte Beteiligung bei den Landtagswahlen zur Pflicht gemacht, es aber gleichzeitig einem jeden überlassen habe, selbst zu entscheiden, ob er einen Kommunisten oder einen Sozialdemokraten wählen wolle. Gleichzeitig veröffentlichte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ einen „Offenen Brief“ des „Unabhängigen“ Robert Fiedt in Leipzig an alle U.S.P.-Mitglieder, in dem diese aufgefordert wurden, sich bei der Wahlzeit der SPD. zur Verfügung zu stellen und die Liste der Kommunisten zu wählen.

In der neuesten Nummer des „Klassenkampf“, des Organs der Labour-Gruppe, wird eine Zuschrift aus Leipzig veröffentlicht, in der bestritten wird, daß der erwähnte Robert Fiedt Mitglied der U.S.P. sei, trotzdem er in seinem Aufruf diesen Eindruck zu erwecken suche; die Labour-Gruppe in Leipzig habe mit diesem Aufruf nichts zu tun. Demnach entpuppt sich die Veröffentlichung der „Roten Fahne“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ als eine der wohlbekanntesten kommunistischen Schwindelnachrichten. Die Labour-Gruppe kann indessen nicht von dem Vorwurf freigesprochen werden, daß sie durch ihre famose sächsische Parole dem Schwindelmännchen der Kommunisten Vorschub geleistet hat.

Prozess Tschernoff gegen „Nowy Mir“.

Im Beleidigungsprozeß des Führers der Sozialrevolutionäre Viktor Tschernoff gegen den Herausgeber des „Nowy Mir“ Dr. Kersten, der am Montag in Berlin stattfand, wurde der Beklagte vom Gericht wegen Beleidigung verurteilt. Eine Erörterung der Beleidigung zugrunde liegenden Behauptungen hatte das Gericht abgelehnt. Wir bringen nachstehend die Urteilsbegründung, da wir wegen Raummangels den Bericht zurückstellen mußten.

Urteil:

Der Angeklagte Dr. Kersten wird wegen Beleidigung nach § 185 unter Auferlegung der Kosten zu 6000 Mark im Nichtbeitragsfalle zu 60 Tagen Haft verurteilt. Den Kläger wird die Publikation des Urteils im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“ zugesprochen. Das Gericht hat in Ausdrücken wie „lächerliche Schurke, Mörder, Bestechlichkeit“ Beleidigungen gemäß § 185 erblickt. Es handelt sich um mit Tatsachen verbundene Werturteile, die aufzuklären nicht möglich ist. Die Erhebung des Beweises nach der Richtung, ob es sich nachweislich um wahre Behauptungen handele, würde keinen Erfolg versprechen. Da vom Angeklagten beantragte

Nachprüfung des Moskauer Verfahrens ist dem deutschen Gericht nicht möglich.

Es handelt sich für die Parteien darum, durch das Gericht Material herbeizubringen, an der Hand dessen sie erst ihre Beweisanträge stellen wollen. Das Gericht glaubt dem Angeklagten, daß er aus idealer Gesinnung und in gutem Glauben gehandelt hat. Berechnliche Interessen kommen aber nicht in Frage. Bei der Strafabmessung war das Gericht der Meinung, daß es nicht so leicht genommen werden darf, wenn ein Ausländer unter dem Schutze der deutschen Gastfreundschaft ehrenrührende Angriffe gegen einen anderen, und sei es auch sein Landsmann, richtet. Auch im politischen Kampfe muß der Anstand gewahrt werden. Mit Rücksicht auf die ideale Gesinnung kam Gefängnisstrafe nicht in Frage, aber die Geldstrafe mußte empfindlich sein.

Scheuermanns Offensive.

Unter dieser Ueberschrift erschien am 3. September 1919 eine Notiz im „Vorwärts“, die Gegenstand einer Gerichtsverhandlung war. Unser damaliger verantwortlicher Redakteur Gen. Scholz sendet uns dazu folgende Erklärung:

„Nach den Feststellungen in dem Verfahren gegen Scheuermann und Genossen nehme ich die gegenüber dem Privatkläger in dem Artikel „Scheuermanns Offensive“ in Nr. 450 des „Vorwärts“ vom 3. September 1919, der auf Grund eines in der „Weltbühne“ erschienenen von Scheuermann verfaßten Artikels geschrieben ist, ausgesprochenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erkläre, daß ich die tatsächlichen Behauptungen des Artikels, nachdem ich mich von deren Unrichtigkeit überzeugt habe, nicht mehr aufrecht erhalten will und kann.“

Die Memelländer Deputation ist von Tilsit nach Paris abgereist. Eine große Volksmenge gab ihr den Wunsch mit, zu Deutschland zurückzukehren.

Wie die Robert-Bühnen die valutaschwachen Ausländer verschonen. Die „B.Z.“ veröffentlichte vor einigen Tagen ein größeres Inserat des Theaters am Kurfürstendam über die dort aufgeführte Pantomime „Die Schießbude“ von Carl Vollmöller, das in drei Sprachen — deutsch, französisch und englisch — verfaßt war. Das „B.Z.“ fragte daraufhin nach, worum nicht auch in russischer Sprache, da dieses Idiom heute in Berlin W. am meisten gebraucht werde. Der Dramaturg der Robert-Bühnen Franz Blei erwiderte, daß diese Unterstellung lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die betreffende Druckerei keine russischen Lettern besitze. Erstens trifft das zufällig nicht zu, da die Klein-Druckerei ein ganzes Blatt den russischen „Kuz“ täglich herstellt. Im übrigen aber geht die ganze Diskussion um die Hauptfrage herum: Dieses Inserat war nämlich ein einziger Skandal, da es in einem sehr mangelhaften Englisch und in einem geradezu grotesken Französisch verfaßt war. Nicht nur die zahllosen Druckfehler, sondern die offenbundenen Merkmale krosser Ignoranz mußten um so widerwärtiger wirken, als der ganze Versuch höchst pretentiös erscheint. Und wenn Herr Blei, der anscheinend die Verantwortung für diese Blosphemie in Anspruch nimmt, sich darauf beruft, daß die künstlerische Aufgabe des Theaters ohne die Mitwirkung des valutaschwachen ausländischen Publikums undurchführbar wäre, so mag er sich selbst sein lassen, daß solche Inserate auf den Fremden nur abstoßend wirken und, was noch viel wichtiger und schmerzhafter erscheint, das deutsche Theater und die deutsche Presse lächerlich machen.

Die Arbeiten des russischen Staatsverlags. Der russische Staatsverlag, der, wie wir dieser Tage berichteten, seine ausländischen Unternehmungen, vor allem die in Berlin, einziehen läßt, gibt jetzt einen Katalog seiner bisherigen Tätigkeit heraus. Daraus geht hervor, daß dieser Verlag mit Erlaube die Herausgabe guter Literatur unternimmt. Wie sehr die Verlagsarbeit da gehemmt ist, zeigen die Ziffern für buchhändlerische Neuigkeiten. Vom 1. April bis 20. Juli dieses Jahres sind etwa 600 neue Bücher verzeichnet, während vor dem Kriege die Zahl der jährlich erscheinenden russischen Bücher 30 000 bis 35 000 betrug. In jedem Sinne erfreulich ist das Niveau der Veröffentlichungen: unter ihnen sind die besten Literaturwerke aus aller Welt, von der Klassiker des klassischen Kulturkreises in einer großen Anzahl von Ausgaben. Die sozialistische Literatur, neben der radikalen auch die der anderen Richtungen, ist stark unter den Neuerscheinungen vertreten.

Einschränkung des Verleihs an der Staatsbibliothek. Anlaß der Preissteigerung auf dem Büchermarkt kann die Staatsbibliothek, wie sie eben bekannt ist, vor 1800 erschienenen Werke nicht mehr nach Hause verleihsen. Sie können in Zukunft nur noch im Besonderen eingesehen werden.

Der Euphorion-Verlag eröffnet am 1. eine eigene Kunsthandlung. Galvanstr. 55, am Bahnhof Zoo. Die erste Ausstellung zeigt Gendelmanns von Engel und Arbeiten von Corintb, Feininger, Kollwitz, Kollwitz, Liebermann, Meißner, Meißner, Grit Richter, Klaus Richter, Schmidt-Rottluff, Siewert und andere.

Der Sturm, Volkamer Str. 131a, eröffnet am 8. eine Kollektionsausstellung des expressionistischen Malers Prof. Johannes Itten, Belmar.

Wolodymyr Wynnyschenko: „Die Lüge“.

Volksbühne.

Ein ukrainisches Drama, nicht von einem Ingenieur, sondern von einem kühnen Mitteleuropäer aufgebaut. Das landschaftliche haftet nur an den Nebengestalten, etwa an einer Wogd oder einem bäuerlichen Vater, der es nicht magt, bei den Kindern im richtigen Speisezimmer zu essen, oder bei einem jungen Mädchen, das mit einem Handbuck die Schwägerin belohnt, weil sie bei der Verwandten unverhoffte Treue erweist. Dann aber kommt der wichtige Mensch des Schauspiels: Natalja Pawlowna. Sie liebt den Gatten, der so hilflos und bedürftig ist. Sie liebt den Dichter, weil er für sie Freude und Sieg bedeutet. Sie liebt den Ingenieur, weil er düster, selbstbewußt und ein zentnerschwerer Willensmensch ist. Dieses dreierlei Verhältnis würde ergreifend sein, hätte Wynnyschenko es in die Sphäre des dichterisch und psychologisch Möglichen erhoben. Er ist aber, trotz seiner nationalüberhebenden Herkunft, ein schon durch andere Dichtungen bössartig belasteter Tüftler der Theaterkopiererei. Wenn er ein Genie ist, dann ist er höchstens ein Pumpgenie für Geißt. Der Namen, die als Autoren seinem Drama voranstehen könnten, sind unendlich viele.

Wodurch besteht nun dieses Drama des Parkett? Wodurch verleitet es einen sonst vorsichtigen Kenner, wie Friedrich Kaphler, und die Volksbeauftragten der Volksbühne, die ihm das Placet geben müssen? Zunächst durch Jüge des Volkstümlichen, die schon angedeutet wurden. Doch die Teilnahme an dem Schicksal, das Jahrhunderte alt ist, erlahmt bald. Es muß in einem Drama 1922 eine verfeinerte Psychologie sprossen. Diese Psychologie sucht Wynnyschenko, und er glaubt sie in dem Opferwillen der Natalja zu finden, die aus Berehrung für einen Schlichten, nie vom Glück berührten Bauern, ihren Schwiegervater, dem gleichgültigen Gatten liebesähnliche Zärtlichkeit schenkt und verhehelt, daß sie für ihr Blut einen anderen nimmt und für ihre Träume noch einen dritten Mann. Alles das ginge, wenn der Dichter nicht ein aus dem Kopiergenie der Weltliteratur abgegriffener Typ und dieser dunkle Tatmensch nicht erst recht eine able Ritschfigur wären. Der Tryst muß gewisse Feindgenossen stellen, aus denen sich die Begrenzung einer Krankheit ergibt. Das stellenweis raffiniert, aber unsauber raffiniert und vollständig seelenlos zusammengestellte ukrainische Drama verlangt solche „Differenzialdiagnose“. Dann zeigt sich, daß es ein verlogenes Drama von der Lüge ist. Die Frau, die an der dreifach begangenen Lüge zugrunde geht, der Gatte und die Liebhaber, sie haben alle unrecht. Die Frau, weil ihre mit Holdheit und Seelengröße gemischte Lügenhaftigkeit nur zu tragischen Folgen, nicht aber zum tragischen Schicksal anreicht. Jedermann im Parkett sagt sich: Die Frau verdient ein besseres Los als die Gattin. Nur Natalja auf der Bühne behauptet: Nein, ich muß mich vergewaltigen. Ihre Tat steht im Widerspruch zu der Moral im Parkett, die in diesem Fall die gesunde Moral ist. Natalja vergiftet sich, weil der Ingenieur, ihr dunkelster und am wenigsten ererbter Liebhaber, es fordert. Er fordert es, damit er an die Wahrheit von Nataljas

Der Prozeß Hermes.

(3. Tag.)

Zunächst wird mit der Vernehmung des Zeugen Faust fortgefahren. Bors: Haben Sie mit Herrn Hermes gesprochen oder haben Sie ihm geschrieben, bevor Sie die Sendungen abgeschickt haben? Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern. Bors: Der Regierungsrat Raite hat doch an Sie geschrieben. Woher wußte denn Herr Hermes, daß der Wein von Ihnen kam? Dr. Hermes: Der Einzelheiten erinnere ich mich nicht mehr. Das erste Gespräch über den Wein wurde mit Herrn Heulamp gepflogen. Mir war bekannt, daß Herr Legendre in den Wingerkreisen bekannt war. Und ich glaube, daß im Gespräch der Name Faust fiel. Es ist möglich, daß Herr Legendre den Namen Faust genannt hat. Da ich Faust kannte, ist es so gekommen, daß an Faust geschrieben wurde. Die Sache hatte einen rein persönlichen Ursprung, wurde aber bald mit dem Wingerverband in Verbindung gebracht. Bors: Wie steht es nun mit dem Tischwein? Zeuge Faust: Von irgendeiner Seite muß das Erfragen gestellt worden sein, ob nicht irgendein Tischwein geliefert werden könne. Bors: Gellern hat Herr Faust als Gründe für die Lieferung der Weine u. a. die Propaganda genannt. Zeuge Faust: Die Hauptsache war die Sympathie für den Herrn Minister aus persönlichen und sachlichen Gründen. Bors: Gellern haben Sie aber keine weiteren Personen nennen können, die ebenfalls Propagandaweine erhalten haben. Zeuge Faust: Ich erinnere mich jetzt an verschiedene Persönlichkeiten, so z. B. an Herrn Professor Rheinrom, der ein Wert über die Befähigung geschrieben hat, an Herrn Lukacz. Bors: Ja, aber an diese haben Sie den Wein doch gratis geschickt, an Herrn

Hermes dagegen um 3 Mark die Flasche.

Und wie haben Sie sich denn die Wirkung der Propaganda gedacht? Zeuge Faust: Ich glaube, daß der Wein auf dem Tisch einer hervorragenden Persönlichkeit beste Propaganda sei. Bors: Aber der Preis spielte doch auch eine Rolle dabei? Zeuge Faust: Herr Vorsitzender, wenn man heute alles so mit solcher Schärfe durchdenkt,

muß man natürlich zu Bedenken kommen.

Bors: Sie haben sich natürlich nicht große Strapazen gemacht? Dr. Hermes: Ich habe in meinem Hause hervorragende Persönlichkeiten aus dem Ausland, z. B. Amerikaner, die mit dem Hilfswerk zu tun hatten, empfangen, und bei dieser Gelegenheit den Wein gereicht. Dabei ist die Preisfrage nicht gestreift worden. Es war nur Repräsentationswein. Bors: Aber bei den Intendanten spielte der Preis sicherlich auch eine Rolle? R. A. Dr. Wisberg: Herr Faust, Sie wollten den

Wein auf dem Tisch des Ministers zu Propagandazwecken

haben. Ist das nicht auch schon Brauch unter dem früheren Regime gewesen? Zeuge Faust: Gewiß. Bors: Wissen Sie, Herr Faust, daß frühere Minister in dieser Weise Wein erhalten haben? Zeuge Faust: Bismarck! R. A. Dr. Wisberg verliest nun ein Dankschreiben des Fürsten Bülow an einen Weinbesitzer. R. A. Dr. Levi: Ich habe nichts dagegen, den Fürsten Bülow als Sachverständigen zu hören darüber, ob er in der gleichen Situation wie Herr Hermes den Wein angenommen haben würde. — Der Vorsitzende bezeichnet die Anfrage Levi als rhetorische Frage. R. A. Dr. Levi: Herr Faust, haben Sie noch der ersten Sendung wieder mit Herrn Minister Hermes gesprochen? Zeuge Faust: Das ist möglich. R. A. Dr. Levi: Haben Sie mit Herrn Hermes später nicht auch über den Wein gesprochen, über die Güte zum Beispiel? Zeuge Faust: Ich glaube, nicht. Rechtsanwalt Levi: Aber das wäre doch ganz natürlich gewesen, zu fragen, wie der Wein geschmeckt hat. Zeuge Faust: Ich erinnere mich nicht. R. A. Dr. Levi: Was ist mit den 50 000 M. gesehen, die dem Wingerverband zur Schadensbeseitigung überwiesen worden waren? Der Zeuge führt einige Posten auf, für die das Geld verwendet wurde. Bors: Diese Sache ist bereits erörtert worden.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Faust beendet. Der Zeuge wird nunmehr verurteilt, aber nicht unter Anrufung Gottes.

Der Vorsitzende richtet nun noch einige Fragen an den Angeklagten Redakteur Henkel. Bors: In dem ersten Artikel der „Freiheit“ steht, daß der Wein zu Bestechungspreisen bezogen wurde. Wollen Sie immer noch sagen, in den Artikeln sei der Vorwurf der passiven Mitschuldung nicht enthalten? Redakteur Henkel: Dieser Vorwurf ist nicht konkret erhoben worden.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führt der Generalstaatsanwalt, als Vertreter der Anklage, aus, daß die Angriffe der „Freiheit“ keineswegs eine gewisse Bestimmung erzeugt hätten; Tatsachen seien nicht recht bestritten worden, die Schlussfolgerungen schienen nahezuiegen. Über die Verhandlungen haben die Sachlage vollkommen festgestellt, durchaus zugunsten des Ministers. Als bewiesen liege eine schwere Beleidigung vor, denn die Artikel der „Freiheit“ waren in ihren Vorwürfen sehr eindeutig.

Nachdem der Generalstaatsanwalt mit Dank anerkannt hatte, daß von Seiten der Verteidigung man sich immer streng an die Sache gehalten, geht er den Sachverhalt durch. Er wies sei nur die treue Fürsorge für die Winger an der Hofel, deren Vertrauen zu erwerben der Minister gut verstanden habe, besondere Beliebigkeit habe er in Lirer erworben, der die Winger in ihrer Weise Ausdruck geben wollten, zumal sie auch Parteifreunde des Ministers waren. Daher habe man dem Minister das Weinangebot gemacht. Es handelte sich um Propagandaweine an einen Landsmann und Parteifreund, der an einer hervorragenden Stelle stand und für den Weinbau wirken konnte.

Der Angeklagte hat den schweren Vorwurf der Korruption gemacht. Der Generalstaatsanwalt glaubt nicht einmal zugeben zu können, daß der Minister überhaupt unvorsichtig verfahren sei. Es handle sich also um gräßliche Verbrechen gegen die Artikel 185 und 186. Auch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Beamten seien gleichfalls gräßlich beleidigt worden, was der Angeklagte allerdings auf ein Versehen zurückführt. Bei der Abweisung der Strafe komme in Frage, daß der Angeklagte unbefristet sei und daß sich die Beschimpfung nur als eine fortgesetzte Handlung darstelle; andererseits seien aber die Beschimpfungen und Beleidigungen von unerhörter Grobheit und Schroffheit und der Angeklagte habe die Möglichkeit gehabt, die Angelegenheit im Parlament aufzuklären zu lassen.

Der Generalstaatsanwalt beantragt nach diesen Ausführungen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, Publikation des Urteils im „Vorwärts“ und einigen anderen Berliner Zeitungen, Unterrücknahme der Platten und Einziehung der Nummern der „Freiheit“.

Es folgen die Plädoyers der Verteidiger. Dr. Wisberg, der Verteidiger des Reichsfinanzministers Dr. Hermes, schließt sich in der Hauptsache den Ausführungen des Generalstaatsanwalts an und betont, der Wahrheitsbeweis sei von dem Anzeigekanten nicht erbracht worden. Der Zusammenhang zwischen Weinslieferung und Zudielieferung sei nicht erwiesen. Der Grund für die Weinslieferung sei einfach in den politischen Beziehungen und der Parteifreundschaft zu suchen. Der Minister habe sich nicht von unangenehmen Gesichtspunkten leiten lassen. An dem Angeklagten habe der Nebenkläger kein Interesse. Der Angeklagte sei ja nicht der eigentliche Urheber des Zeitungsartikels, trotzdem müsse er natürlich die Verantwortung tragen. Der Angeklagte hätte sich mit dem Resultat des Untersuchungsausschusses begnügen können. Das sei nicht geschehen. Der Kampf gegen den Herrn Minister habe innerpolitisch verhängnisvoll gewirkt. Durch das Verhalten des Angeklagten sei der Nebenkläger schließlich auch gezwungen gewesen, gerade jetzt, wo er an wichtigen politischen Verhandlungen teilnehmen muß, den Prozeß zu Ende zu führen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Ein Lehrer der Republik.

Wir hatten seinerzeit über die Skandalöse „Trauerrede“ berichtet, durch die sich der Reußländer Studiendirektor Jacobsthal der ministeriellen Anordnung einer Gedächtnisfeier für den ermordeten Minister Rathenau entziehen zu dürfen glaubte. Die Ungleichheit war unmittelbar darauf in der Reußländer Bezirksversammlung zur Sprache gekommen und hatte so dem Ministerium Veranlassung zu einer Nachprüfung gegeben. Seither war es stille geworden, von irgendwelchen Schritten gegen den direktorialen Jungenerzieher, der in seiner „Gedächtnisrede“ nach den „Motiven“ des Wortes gesucht hatte, dafür aber von dem Leben und Wirken des Ermordeten „infolge der Kürze der Zeit“ nichts in Erfahrung bringen und seinen Schülerinnen mitteilen konnte, hörte man nichts. Erst kürzlich hat aber das preussische Kultusministerium nun doch wenigstens eine zur Hälfte befriedigende Entscheidung erlassen. Nach einem Schreiben vom 30. Oktober hat das Unterrichtsministerium zwar erkannt, daß sich der Wortlaut der Rede des Herrn Direktors Jacobsthal „nicht eindeutig feststellen“ läßt und daß demnach der Tatbestand nicht „zur völligen Klarheit“ zu bringen ist, es erklärt aber trotzdem, daß das Vorgehen dieses republikanischen Volkserziehers „nicht nur ungeschickt, sondern unangemessen“ war, und daß daher das Provinzialschulkollegium beauftragt worden sei, dem Herrn Direktor „die schärfste Mißbilligung auszusprechen und ihn auf die Pflichten hinzuweisen, die ihm als Beamten der Republik obliegen“.

Soweit ist die Entscheidung unseres Erachtens vollkommen korrekt und — wie wir der Klarheit halber hinzufügen möchten — von einem Unterrichtsministerium in der deutschen Republik selbstverständlich. Nicht einverstanden kann man dagegen mit der praktischen Schlussfolgerung sein, die das Ministerium aus diesem Tatbestand zieht. Wenn schon eine Amtsentziehung mit Rücksicht auf den Mangel der „völligen Klarheit“ nicht in Frage kommen sollte, so reicht das Urteil des Ministeriums über die „republikanische“ Betätigung des Herrn Direktors doch zweifellos zu einer Strafverfolgung „im Interesse des Dienstes“ aus. Statt dessen wird das Provinzialschulkollegium nur „ermächtigt, mit dem Magistrat Berlin darüber zu verhandeln, ob Jacobsthal in einen anderen Bezirk versetzt werden kann“. Die Versetzung erscheint uns als die selbstverständliche Sache von der Welt — oder glaubt Herr Minister Boesig, daß ein Direktor, den er erst auf die Pflichten eines republikanischen Beamten hinweisen muß, der diese Pflichten also seinen Schülerinnen gegenüber in der größtlichen Weise vernachlässigt hat, seelenruhig an derselben Anstalt und vor denselben Schülerinnen weiterhin tätig sein könnte? Bei dem Wege, den das Ministerium vorschlägt, besteht aber die große Gefahr, daß Herr Direktor Jacobsthal zum Dank für sein nach Ansicht des Herrn Ministers — „unangemessenes“ Vorgehen ebendrei noch die Treppe hinauffällt. Hiergegen muß im Interesse des Ansehens der Republik und im Interesse ihres Schutzes gerade innerhalb der Mauern unserer Schule auf das entschiedenste Einrücken erhoben werden. Lehren vom Schloß des Herrn Direktor Jacobsthal muß auf das eindringlichste zu Gemüte geführt werden, daß jede wie immer geartete Entschuldigung des Wortes ein Verbrechen an unserer Jugend ist. Magistrat und Provinzialschulkollegium haben das Wort.

Keine Rathenau-Straße?

Da die Villenkolonie Grunewald, der Wohnort des ermordeten Rathenau, kommunalpolitisch zu Wilmersdorf gehört, wäre es natürlich, daß der Bezirk auch durch eine äußere Ehrung die Verdienste des Ermordeten um das Gemeinwohl gewürdigt hätte. Die Wilmersdorfer Bezirksversammlung ist anderer Ansicht. Sie lehnte einen von Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam gestellten Antrag ab, die Königs-Allee im Grunewald in Rathenau-Straße umzubenennen und am Ort der schändlichen Tat einen Gedenkstein aufzustellen, und zwar motivierte der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Bezirksvorordneter Nahn, die ablehnende Haltung der Mehrheit damit, daß die Familie Rathenau der beantragten Ehrung ablehnend gegenüberstehe. Die Familie wolle kein Haus mit vollständiger Einrichtung und Bibliothek zu einer Stiftung umgestalten, die jedermann zugänglich sei. Von sozialdemokratischer und demokratischer Seite, — es sprachen die Bezirksvorordneter Gen. Lüdemann und Dr. Dullio —, wurde geltend gemacht, daß durch den Antrag nicht der Privatmann und Schriftsteller, sondern der Staatsmann geehrt werden solle, der als Opfer seiner Selbstlosigkeit durch Mord gefallen sei. Außerdem sei der Eindruck, den die Ablehnung des Antrages in der Öffentlichkeit machen werde, doch auch zu berücksichtigen, zumal die Deutschenationalen den jetzt zum zweitenmal gestellten Antrag, zum erstenmal abgelehnt hätten, ohne die Wünsche der Familie zu kennen. Der sicherlich sehr durchschlagenden Beweisrest blieb der Erfolg versagt. Die Stadtverordnetenversammlung muß jetzt dafür sorgen, daß dem Staatsmann Rathenau die verdiente Ehrung in Groß-Berlin, allen reaktionären Einflüssen zum Trotz — doch zuteil wird.

Schlecht belohntes Mitleid.

Raubmordanschlag eines Neffen auf seine greise Tante.

In dem Hause Waldemarstraße 42 wurde die im ersten Stock wohnende 78 Jahre alte Ehefrau Henriette Kög gestern nachmittag von Nachbarn in ihrem Schlafzimmer in einer großen Blutlache besinnungslos aufgefunden. Sie hatte schwere Verletzungen am Schädel und mußte sofort nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht werden. Erst spät abends kam sie hier zur Besinnung und konnte vernommen werden. Danach ist die Greisin das Opfer eines Mordes geworden, den ihr eigener Neffe Brendel verübte, um sie zu ermorden und zu berauben.

Der Bursche war von jeder ein Tunlichgut, der seinen Angehörigen viel zu schaffen machte und ständig zur Last lag. Auch ein Aufenthalt in einer Fürsorgenanstalt blieb ohne Wirkung auf ihn. Wiederholt entließ er aus der Behre, so daß er es zu keiner geregelten

Devisenkurse.

	2. November		1. November	
	Käufer (Reichsm.)	Beckäufer (Reichsm.)	Käufer (Reichsm.)	Beckäufer (Reichsm.)
1 holländischer Gulden	1925.17	1934.88	1778.05	1781.95
1 argentinischer Papier-Peso	1763.57	1774.43	1628.41	1636.59
1 belgischer Franc	819.20	820.50	297.75	299.25
1 norwegische Krone	892.76	897.26	826.62	831.08
1 dänische Krone	985.08	989.97	910.21	914.79
1 schwedische Krone	1321.68	1328.32	1211.96	1218.04
1 finnische Mark	125.68	126.82	114.21	114.79
1 japanischer Yen	—	—	2180.51	2200.49
1 italienische Lire	211.66	213.04	191.82	192.48
1 Pfund Sterling	2194.55	2203.55	2019.87	2030.03
1 Dollar	4925.10	4949.85	4538.62	4561.88
1 französischer Franc	344.12	345.87	321.60	323.31
1 brasilianischer Milreis	561.59	564.41	518.70	521.50
1 Schweizer Franc	902.74	907.27	820.94	826.06
1 spanischer Peseta	753.12	756.89	691.26	694.74
100 österr. Kronen (abgrst.)	—	—	5.08	5.72
1 tschechische Krone	157.80	158.40	143.54	144.26
1 ungarische Krone	—	—	1.81	1.88
1 bulgarischer Lewa	38.91	39.09	30.07	30.88

Arbeit brachte. Meistens trieb er sich an den Bahnhöfen umher, um durch Gelegenheitsarbeiten etwas zu erwerben. Auch vor Diebstählen schreckte er dabei nicht zurück. Deshalb schwebte auch bereits ein Strafverfahren gegen ihn. Die alte Tante aber, die er von Zeit zu Zeit besuchte, hatte immer noch Mitleid mit ihm. Obwohl die eigenen Angehörigen sie wiederholt dringend vor dem Taugenichts warnten, ließ sie nicht von dem Besuche ab, ihn doch noch zu bessern. Vor vier Tagen kam Brendel wieder einmal zu ihr, vollständig abgerissen und heruntergekommen. Die Greisin erbarmte sich wieder seiner und nahm ihn auch jetzt wieder auf. Zum Dank dafür schmeichelte der Neffe jetzt den Pian, die greise Frau zu erschlagen und zu berauben. Zu diesem Zwecke hatte er heimlich eine 35 Zentimeter lange und 3 Pfund schwere Eisenschiene mitgebracht. Um die Greisin überraschen zu können, spiegelte er ihr gestern nachmittag vor, daß eine Maus in der Küche sei. Mit den Worten: „Da in der Ecke ist sie“, lenkte er die Aufmerksamkeit der Greisin dorthin, zog dann hinter ihrem Rücken die Eisenschiene aus der Tasche und verfehlte ihr einen Hieb über den Kopf. Als der erste Schlag die erwartete Wirkung nicht hatte, schlug er noch wiederholt zu, bis die alte Tante schwer aus mehreren Kopfwunden stark blutend besinnungslos zusammenbrach und sich nicht mehr rührte. Der unmenschliche Neffe nahm wohl an, daß sie tot sei und bedeckte ihren Körper mit einem Tuch. Jetzt ist, wie nach den Feststellungen angenommen werden muß, auch der Helfershelfer hinzugekommen, und beide haben dann alles durchsucht und sämtliche Behälter ausgeplündert. Dabei ist ihnen auch ein Auslandspaß mit dem Namen Witthold Flungasch in die Hände gefallen. Auf diesen Paß hin, dessen Bild dem feigenen ähnelte, wird Brendel wahrscheinlich versuchen, die geraubte Beute zu Geld zu machen. Diese hat er, ohne Zweifel mit Hilfe eines Spiegelfelken mit einem großen Kestertorbe weggeschafft. Am Tatort zurückgeblieben ist ein grauer Haarfilzhut, der nicht Brendel gehört. Auf die Ergreifung des jugendlichen Verbrechers und seines Helfershelfers, der noch nicht beschrieen werden kann, ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Engelbrecht im Zimmer 54 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Faschistenregierung und Arbeiterpartei in Italien.

Auf Einladung der Jungsozialisten sprach gestern im Bürgerlokal des Berliner Rathauses unser italienischer Genosse Professor Dr. Oberdorfer in einer Versammlung, deren Besuch in Anbetracht des interessanten Themas hätte wahrlich größer sein können. Genosse Oberdorfer ging von dem Wandel der Bewegung in Italien aus und gab eine Uebersicht über die in Italien herrschende Krise. Das italienische Volk ist von einem leichten Wandel, der es den Faschisten überhaupt ermöglichte, in so kurzer Zeit die Macht an sich zu reißen. Die Macht der Faschisten wird aber genau so durch den schnellen Wandel der Meinungen in Italien, vor allem aber durch die bei der späteren Arbeit der Faschistenregierung hervortretenden Gegensätze zwischen Gewerkschaften auf der einen, und Gewerbetreibenden auf der anderen Seite, an Einfluß und Macht verlieren. Genosse Oberdorfer hofft, daß das Ende der Faschistenregierung in dem Moment erreicht sein wird, in dem die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterpartei, die ja zum Teil von den Faschisten unterstützt werden, mit allem Nachdruck von den Gewerkschaften betont werden. Die Ausführungen zeigten, daß ohne eine gründliche Erziehungsarbeit eine Bewegung nicht Kraft haben kann, sich innerhalb eines Staates längere Zeit zu behaupten. In einem Lande der Unbildung (83 Prozent Analphabeten gibt es noch heute in Italien) wird es harte und schwere Arbeit kosten, die Arbeiterbewegung dahin zu bringen, daß sie einen Reichsfaktor innerhalb Italiens bildet. Der Referent zeigte die einflussreiche Lage des italienischen Proletariats. Die Demagogie der Kommunisten verstärkte Gewerkschaft und Partei; von 1 1/2 Millionen Mitglieder sank die Stärke auf 30 000 und wird heute wohl noch niedriger sein. Die Lage in Italien ist eine fürchterliche Anklage gegen den Kommunismus, der die Arbeiterpartei spaltete und deren Folge der Faschismus ist. Wir haben von den deutschen Sozialisten viel gelernt, so schloß der Redner, hoffen wir, daß der Kampf in Italien bald verkümmert und daß das Beispiel der Einigung auch auf Völkern heilsam wirken möge.

Die Linie 60 wird vom 1. November d. J. ab während der Wintermonate wieder bis zu ihrem fahrplanmäßigen Endpunkt in Steglitz Bismarckstraße Ecke Pergstraße geführt. Die Linie H (Westring) erhält vom 1. November d. J. ab die Nummer 7. Es bezeichnen dann die Nummern 1—10 die bei der Berliner Straßenbahn vorhandene Ringlinien.

Neue Tausendmarktscheine. Von den Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Datum vom 13. September 1922 wird in Kürze eine 4. Serie ausgegeben werden. Sie hat folgende besonderen Merkmale: Das Papier ist weiß und trägt ein Wasserzeichen, das aus dunklen, ineinandergreifenden Linien in Form eines stilisierten C gebildet wird. Die Nummer in der linken oberen Ecke der Vorderseite ist in hellbrauner Farbe gedruckt.

Das Reparationsproblem als Friedensgarantie. An der Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Berlin, bricht Streit aus. Am 2. November, 7 1/2 Uhr, im Bürgerlokal des Rathauses, Köpenicker Straße 14, über: „Das Reparationsproblem als Friedensgarantie“. Es sind zu diesem Vortrage vier Persönlichkeiten auch aus Frankfurt geladen. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweilig heiter, aber nebelhaft, mit geringen Niederschlägen und ziemlich heftigen westlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Abt. 14. Kreis, SPD-Fraktion. Wichtige Sitzung sämtlicher Bezirksabteilungen am Freitag, den 2. November, abends 7 Uhr, im Rathaus, Saal 2.

77. Abteilung, Schöneberg. Die für Freitag angeordnete Vorstandssitzung findet nicht mehr statt. Die Sitzung wird am Samstag, den 3. November, abends 7 Uhr, im Rathaus, Saal 2.

141. Abteilung, Köpenick. Freitag, den 2. November, abends 7 Uhr, wichtige Elternversammlung in der Schule, Schillerstr. 14.

Sport.

Die Radrennen im Sporpark am gestrigen Abend waren wieder sehr gut besucht. Zum einleitenden Vorkampfabend über 10 Runden waren nicht weniger als zehn Zuschauer erschienen. Die ersten aus den Vorkäufen bestanden die Entscheidungsläufe. Der Reichswächler Schütz gewann das Rennen mit 40 Meter Vorsprung in 2 Min. 6 Sek. vor Häusler 20, Schwab 10 und Koles (Holland) 50 Meter Vorsprung. — In einem 1/2 Meilenfahren der Klasse 3 über 10 Runden fuhr Peter in 12 Min. 2 Sek. einen schönen Sieg heraus, indem er in der letzten Runde mit ein wenig aus hinterer Position hervorbrach und alle seine Rivalen überholte. 2. Krüger, 3. Schütz, 4. Wäber. — Ein Dreierrennen in drei Runden über den Kulturpark Am Hof an den Start. Den ersten Lauf über 6 Runden gewann K. H. 11, während mit einer halben Länge vor Schütz und Koles. Am zweiten Lauf, einem Verfolgungsrennen, kam K. H. 11 hingegen kaum zur Bestimmung, als ihn schon schon Schütz und Koles überholten. Nach 2 Min. 19 Sek. gelang es dann Koles aus noch größerer Eingebung. Den dritten Lauf über 20 Runden gewann dann wieder K. H. 11 ganz überlegen vor Schütz und Koles. Am Gesamtergebnis gewann K. H. 11 das Rennen mit 5 Punkten vor Koles 6, und Richard Dülcke 7 Punkte. — Den Schluss und Hauptpunkt des Programms bildete ein 100 Runden - Punktefahren. Zunächst Fahrer bestanden sich dem Starter. Das Rennen wurde durch fünf Wertungen entschieden. Über schon vor der ersten Wertung hatten Koles, Schütz, Schwab, Koles und Häusler das übrige Feld überholt, um nun die folgenden Wertungen, Koles unter sich auszukämpfen. Grundsätzlich fiel hier der Sieg in 23 Min. 52 Sek. an den in großer Form befindlichen Koles mit 33 Punkten vor Häusler 31, Schütz 18, Schwab 16 und Koles 13 Punkte.

